Abend-Ausgabe Nr. 584 Dienstag, 13. Dezember 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Verland. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerhalb Dresdens Versand nur mit Morgenausgabe

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Hilfsgeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Vor einem neuen Riesenprozeß in Moskau

Der „geheime Trotzkismus" spukt wieder einmal

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. Dezember.

Die Sowjetgrößen haben, nachdem es eine Weile in ihrer Mordjustiz still gewesen ist, anscheinend den Wunsch, so bald wie möglich wieder einer Reihe ihrer Leute den Genickschuß beizubringen. So berichtet „Expreß Poranny", das Warschauer Regierungsblatt, in großer Aufmachung, daß in nächster Zeit in Moskau wieder ein Riesenprozeß gegen sogenannte Trotzkianhänger in den höchsten russischen Kreisen stattfinden wird.

Sechs ehemalige Volkskommissare sind des geheimen Trotzkismus angeklagt. Darunter ist der sogenannte „Sowjet-Don Juan", der Vertreter des Präsidenten des Rats der Volkskommissare Czubar. Neben ihm sind angeklagt der Marinekommissar Smirnow, der ehemalige Verkehrskommissar Bakulin, der frühere Kommissar für den Holzhandel Ryszkow, der ehemalige Kommissar für das Wasserstraßenwesen Pachonow und der Kommissar für Militärlieferungen Popow. Ankläger ist wieder der berüchtigte Generalstaatsanwalt Wyszynski.

Stirbt Jeschow eines schönen Tages plötzlich?

London, 13. Dezember.

Meldungen aus Moskau zufolge ist der gestürzte GPU-Chef Jeschow nun auch aus dem Politbüro der Kommunistenpartei entfernt worden. An seine Stelle tritt hier ebenfalls Beria, sein Nachfolger im Innenkommissariat. Wie es mit Jeschow bergab geht, beweist auch die Tatsache, daß seine Verwandten von allen Pöstchen, die er ihnen seinerzeit zugeschanzt hat, abgesetzt werden, einige davon hat man außerdem verhaftet. Gleichzeitig wird in Moskau das Gerücht verbreitet, Jeschows Gesundheitszustand sei sehr ernst. In Moskau und auch in London würde man sich deshalb nicht wundern, wenn eines Tages ganz plötzlich die Nachricht von seinem Tode käme.

Neues Devisenrecht für das Großdeutsche Reich

Straffe Zusammenfassung – Weitere Maßnahmen gegen die Kapitalflucht

Berlin, 13. Dezember.

Der Reichswirtschaftsminister hat auf Grund der ihm von der Reichsregierung im zweiten Gesetz über die Aenderung des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung vom 9. April 1938 erteilten Ermächtigung das Gesetz über die Devisenbewirtschaftung in neuer Fassung bekanntgemacht. Das neue Devisengesetz tritt am 1. Januar 1939 im gesamten Gebiet des Großdeutschen Reiches in Kraft und ersetzt auch das im Lande Oesterreich noch geltende Landesdevisenrecht. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Wege der Vereinheitlichung des Rechtes im Großdeutschen Reich getan.

Das neue Devisengesetz faßt im wesentlichen die Vorschriften des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung vom 4. Februar 1935 und der dazu ergangenen zwei Aenderungsgesetze und elf Durchführungsverordnungen zusammen. Besonderer Wert ist dabei auf eine straffe Zusammenfassung gleichartiger Tatbestände und eine Vereinfachung der Gesetzessprache gelegt worden. Dadurch ist die Uebersicht über das Devisengesetz verbessert und sein Inhalt leichter verständlich geworden.

Die bisherigen devisenrechtlichen Beschränkungen sind im wesentlichen unverändert geblieben. Nach den in der Praxis gemachten Erfahrungen hat es sich aber als notwendig herausgestellt, weitere Maßnahmen gegen Kapitalflucht vorzusehen. So wird die Verwendung und Ueberbringung von Geschenken und die Mitnahme von jeglichem Auswanderungsgut ins Ausland ausdrücklich für genehmigungsbedürftig erklärt. Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit und den staatenlosen Juden ist auch im Reiseverkehr nach dem Auslande jede Mitnahme von Gegenständen, die nicht zum persönlichen Gebrauch notwendig sind, verboten.

Das neue Devisenstrafrecht enthält ebenfalls einige Aenderungen. Nach dem bisherigen Devisengesetz mußten die Devisenstellen, falls sich der Beschuldigte nicht freiwillig der von den Devisenstellen festgesetzten Strafe unterwarf, jede Devisenzuwiderhandlung geringfügiger Natur der Staatsanwaltschaft zur Weiterverfolgung abgeben. Um die dabei hervorgetretenen Mängel zu beheben, haben die Devisenstellen, ähnlich wie die Finanzämter, die Befugnis erhalten, über geringfügige Devisenzuwiderhandlungen durch Strafbescheide zu entscheiden. Außerdem können die Gerichte und die Devisenstellen künftig in besonderen Fällen anordnen, daß die für geringfügige Devisenzuwiderhandlungen verfügten Strafen nicht in das Strafregister eingetragen werden.

Die Vorschriften über die Exportvaluta-Erklärung, das devisenpolitische Abfertigungsverbot und über die Devisenüberwachung bei der Aus- und Einfuhr sowie die Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung, werden ebenfalls neu gefaßt und in Kürze erscheinen.

Eine kalte Dusche für Greuel-Kardinal Mundelein

Pater Coughlin bleibt standhaft – Immer mehr USA-Katholiken bekennen sich zum Radio-Priester

Neuyork, 13. Dezember.

Der bekannte Kardinal Mundelein konnte es nicht verwinden, daß ein katholischer Priester, wie Pater Coughlin, in einer Radiorede gegen die Juden Stellung genommen hatte. Da es ihm nicht genug erschien, daß dem beliebten „Radio-Priester" durch eine strenge Zensur der Ausdruck seiner Ueberzeugung, die zweifellos mit der Wahrheit übereinstimmt, unmöglich gemacht wurde, erklärte Mundelein öffentlich, um die jüdischen Maulkorbmaßnahmen zu ergänzen, daß Pater Coughlin nicht für die katholische Kirche gesprochen habe und auch nicht in ihrem Namen sprechen könne.

Pater Coughlin, der sich auch durch das Auftreten des Kardinals nicht beirren ließ, erklärte in Beantwortung der Ausführungen Mundeleins ebenfalls öffentlich, daß auch einzelne Bischöfe oder Kardinäle nicht das Recht besäßen, im Namen der gesamten katholischen Kirche zu sprechen. Seine mannhafte Haltung gegen alle Zwangsmaßnahmen und Beeinflussungsversuche hatte zur Folge, daß seine Anhängerschaft in raschem Anwachsen begriffen ist.

Der Pater erhält von seiten der USA-Katholiken und ihrer Organisationen zahlreiche Glückwunschtelegramme und Vertrauenskundgebungen. So hat die große Brooklyner Kirchengemeinde Holy Name Society erklärt, daß sie ihren 200 000 Mitgliedern die Boykottierung aller Kaufleute empfehlen werde, die in der Zeitschrift des Radiosenders, der über den Pater den Maulkorbzwang verhängte, Inserate einschalteten. Ein vor zwei Wochen gegründeter Ausschuß zur Verteidigung der Verfassungsrechte hat für Donnerstag in Manhattan eine Protestkundgebung gegen die über Coughlin verhängte Radiozensur einberufen.

Lima-Ausschüsse nach Genfer Muster

Lima, 13. Dezember.

Zu Ehren der Teilnehmer an der panamerikanischen Konferenz wurde ein großes Sinfoniekonzert veranstaltet, das ganz im Zeichen der deutschen Musik stand. Beethovens fünfte Sinfonie und das Vorspiel aus den „Meistersingern" bildeten das Kernstück des Programms.

Am Montag wurden die Konferenzarbeiten mit der Gründung einzelner Ausschüsse wieder aufgenommen. Den Vorsitz der „Kommission für die Organisation des Friedens" übernahm Brasilien, den Vorsitz der Wirtschaftskommission Uruguay. In der „Kommission für internationales Recht" präsidiert Kolumbien. Ekuador bekam den Vorsitz des „Ausschusses für intellektuelle Zusammenarbeit und moralische Abrüstung". Die USA haben das Präsidium der „Kommission für die politischen und zivilen Rechte der Frauen" erhalten.

*

Die Arbeitsmethoden der Panamerikanischen Konferenz zeigen eine verblüffende Aehnlichkeit mit den Gebräuchen auf den Tagungen der altersschwachen Genfer Liga. Kommissionen und Ausschüsse hier wie dort. Ueber den „Erfolg" dieser „Arbeit nach bewährtem Muster" dürften heute kaum noch Zweifel bestehen.

Immer stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften

Günstige Entwicklung des Arbeitseinsatzes im November

Berlin, 13. Dezember.

Nach Mitteilung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat sich die Zahl der Beschäftigten im November im Altreich mit rund 20,8 Millionen auf der gleichen Höhe gehalten wie im Oktober. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen hat im Monat November um rund 12 000 auf 152 000 abgenommen, und die Zahl der offenen Stellen, die unbesetzt geblieben sind, ist gewachsen. Mit der gleichbleibenden Beschäftigung, mit der Abnahme der Arbeitslosen und mit der Zunahme der unbesetzten offenen Stellen zeigt der Monat November ein Bild, das wohl zum ersten Male in der deutschen Wirtschaft bei Beginn des Winters festzustellen ist.

Bisher nahm im November die Beschäftigung und die Zahl der offenen Stellen ab und die Zahl der Arbeitslosen zu. In dem völlig entgegengesetzten Ergebnis hat der hohe Auftragsbestand fast aller Industriezweige und daneben die sehr milde Witterung im November beigetragen. Es wurden zahlreiche Männer und Frauen in Arbeit gebracht, die bisher in keinem Beschäftigungsverhältnis gestanden hatten. Auch nahmen Invalide und Erwerbsbeschränkte wieder Arbeit auf. Die Bewegung der Arbeiter zwischen den Wirtschaftszweigen und Betrieben pflegte in den vergangenen Jahren im November nachzulassen. Im Berichtsmonat hat sie dagegen ununterbrochen angehalten. Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Bergbau, Schiffahrt und Textilindustrie klagen über die Abwanderung zu anderen Industrien. Von den Arbeitsämtern und den Betrieben werden Anstrengungen gemacht, um unerwünschte Bewegungen zu verhindern.

Ein besonders bemerkenswerter Zug in dem veränderten Bilde des Arbeitseinsatzes im November 1938 ist, daß eine starke Nachfrage nach Arbeitern von den Außenberufen kommt, die früher im November ihre Beschäftigung einzuschränken pflegten. So hat die Landwirtschaft offene Stellen in großer Zahl angemeldet. Ferner hat das Baugewerbe zahlreiche Arbeiter, in der Hauptsache Maurer und Zimmerer, angefordert. In den vergangenen Monaten mußten Bauten stillgelegt oder zurückgestellt werden. Die Arbeit an diesen Bauten wird jetzt wieder aufgenommen. Auch werden neue Bauten begonnen. Neben dem Baugewerbe übt vor allem der Verkehr einen starken Druck auf den Arbeitseinsatz aus. Alle für den Verkehr arbeitenden Industrien, Lokomotiv- und Waggonfabriken, Fahrzeug- und Motorfabriken meldeten großen Bedarf an. Es mußten Ungelernte, Berufsfremde und Frauen zugewiesen werden. Die Betriebe richten sich immer mehr auf die Umschulung der einzustellenden Arbeitskräfte ein.

In Oesterreich ist die Zahl der Arbeitslosen etwas gestiegen, und zwar um 6200 auf 112 700. In den sudetendeutschen Gebieten wurden am 30. November 1938 196 000 Arbeitslose gezählt, darunter 71 000 Frauen. Es entspricht dem großen Umfang der Textilindustrie im Sudetenland, daß die Textilarbeiter mit 26 000, darunter 18 000 weibliche, die höchste Zahl der Arbeitslosen in einer Berufsgruppe haben.

Sonderfonds werden zugunsten des WHW aufgelöst

Berlin, 13. Dezember.

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei hat die Anweisung erteilt, daß etwaige Sonderfonds bei den staatlichen Polizeiverwaltungen, sofern vertretbar, sofort aufzulösen und die Geldmittel an das Winterhilfswerk des deutschen Volkes abzuführen sind. Für Sonderfonds, die beibehalten werden, ist ihre Notwendigkeit eingehend zu begründen.

Helmut Sündermann Reichshauptamtsleiter. Der Führer hat auf Vorschlag des Stellvertreters des Führers den Stabsleiter des Reichspressechefs der NSDAP, Reichsamtsleiter Helmut Sündermann, zum Hauptamtsleiter der Reichsleitung der NSDAP ernannt.

Reichsautobahn-Teilstrecke Karlsruhe—Pforzheim/West eröffnet. Zwischen Durlach und Karlsruhe fand am Sonnabend die Eröffnung der Reichsautobahn-Teilstrecke Karlsruhe—Pforzheim durch Gauleiter und Reichsstatthalter Robert Wagner statt.

Ein Heiligtum des Islam schwer beschädigt

Die Omarmoschee infolge von Geschoßeinschlägen durch Wasser stark gefährdet

Beirut, 13. Dezember.

Die Omarmoschee in Jerusalem, neben Mekka das arabische Heiligtum des Islam, ist, wie die syrische Presse berichtet, von einem großen Wasserschaden in den letzten Tagen schwer betroffen worden. Die Moscheekuppel, die von englischen Gewehr- und Maschinengewehrgeschossen sowie von Geschossen aus Richtung der nächst gelegenen Synagoge wie ein Sieb durchlöchert ist, hielt den strömenden Regen nicht ab, und das Wasser drang in großen Mengen in das Innere. Die Nachricht von der Beschädigung der Moschee hat in der mohammedanischen Welt große Entrüstung ausgelöst.

Wie die syrische Presse berichtet, wurde der Scheich Aref Hamda aus Rumana bei Dschenin von englischen Soldaten nach der Durchsuchung seines Hauses grauenhaft mißhandelt, bis er seinen schweren Verletzungen erlag. Ebenfalls entsetzlich mißhandelt wurde der Scheich Mohammed Abu Jaabab aus Capacia bei Dschenin, den die englische Polizei ohne jeden Grund festnahm. Der Scheich wurde bei den Qualen irrsinnig. Die syrische Presse betont, daß derartige Mißhandlungen täglich vorkommen und sich eine fast endlose Reihe aufzählen ließe.